

## Beschluss

Solidarität mit Israel: Für Frieden, gegen Hass und Terror

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz  
Beschlussdatum: 23.11.2023  
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge

### Antragstext

1 Die Terrorangriffe der Hamas auf Israel am 7. Oktober sind eine Zäsur. Terroristen haben auf  
2 brutale und bislang unvorstellbare Weise weit über tausend Menschen ermordet und über 240  
3 Geiseln genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN verurteilt diesen Terror aufs Schärfste. Wir stehen  
4 nach diesen fürchterlichen Taten fest an der Seite Israels und seiner Bürger\*innen. Wir  
5 trauern mit den Angehörigen der Opfer. Wir zollen all denen Respekt, die in diesen schweren  
6 Stunden Menschen gerettet, Verwundete versorgt, Hinterbliebene betreut und Leichen geborgen  
7 haben, um diese in Würde bestatten zu können. Wenn heute, 75 Jahre nach der Staatsgründung  
8 Israels und rund 80 Jahre nach dem Holocaust, Jüdinnen und Juden in Israel aufs Neue um ihr  
9 Überleben und ihre Sicherheit fürchten, dann muss Deutschland seine ungeteilte und  
10 unverbrüchliche Solidarität mit und Unterstützung für Israel und seine Bürger\*innen deutlich  
11 machen. Israels Sicherheit ist Teil der deutschen Staatsräson und Leitmotiv unseres  
12 Handelns.

13 Diese besondere Beziehung zu Israel begründet sich aus unserer historischen Verantwortung.  
14 Der Staat Israel ist drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs gegründet worden, nachdem  
15 das nationalsozialistische Deutschland sechs Millionen Jüdinnen und Juden systematisch  
16 ermordet hatte. Seitdem bietet Israel eine nationale Heimstätte und einen sicheren Hafen für  
17 das jüdische Volk. Das Existenzrecht Israels ist für uns deshalb genauso unverhandelbar wie  
18 die Sicherheit von Jüdinnen und Juden.

19 Israel hat wie jeder andere Staat das völkerrechtlich verbrieftete Recht, sich gegen diese  
20 Angriffe im Rahmen des humanitären Völkerrechts zu verteidigen, und die israelische  
21 Regierung die Pflicht, ihre Bürger\*innen dauerhaft zu schützen. Seit den Terrorangriffen vom  
22 7. Oktober führt Israel deshalb als Reaktion Krieg gegen die Hamas im Gazastreifen. Darunter  
23 leidet die palästinensische Zivilbevölkerung. Tausende Zivilist\*innen, darunter zahlreiche  
24 Kinder, sterben durch den Krieg. Es ist auch Teil des zynischen Kalküls der Terroristen,  
25 denn die Hamas missbraucht die eigene Bevölkerung als menschliche Schutzschilde und  
26 versteckt ihre Kämpfer und Waffen in und unter ziviler Infrastruktur. Wir setzen uns  
27 vehement für die Freilassung aller von der Hamas verschleppten Geiseln sowie für Feuerpausen  
28 und sichere Korridore ein, damit Hilfslieferungen bei Menschen in Not ankommen können. Dazu  
29 gehört es auch, die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Trinkwasser, Nahrungsmitteln,  
30 Medikamenten und Energie zuzulassen. Schwerkranke und Schwerverletzte müssen  
31 schnellstmöglich in Krankenhäuser im benachbarten Ausland überführt werden können. Auch der  
32 Raketenterror der Hamas und anderer extremistischer Gruppen muss sofort unterbunden werden.

33 Für Israel gilt wie für alle Staaten der internationalen Gemeinschaft das völkerrechtliche  
34 Gebot der Verhältnismäßigkeit. Wir begrüßen die Resolution des UN-Sicherheitsrats, die  
35 Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts aufzufordern und besonders

36 durch ausgedehnte humanitäre Pausen den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten. Nur  
37 durch eine zumindest begrenzte Einstellung der militärischen Aktivitäten wird eine  
38 ausreichende humanitäre Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen möglich sein. Zur  
39 deutschen Staatsräson gehört aber gegebenenfalls auch militärische Unterstützung für die  
40 Sicherheit Israels und seiner Bürger\*innen.

41 In Gaza ereignet sich eine humanitäre Katastrophe. Den Menschen fehlt es an allem, was es  
42 zum Überleben braucht: Wasser, Grundnahrungsmittel, medizinische Hilfe. Mindestens eine  
43 Millionen Palästinenser\*innen sind auf der Flucht. Wir danken den Freiwilligen und  
44 Mitarbeiter\*innen von Hilfsorganisationen, die ihr Leben riskieren, um Menschen in Not zu  
45 versorgen. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung die Mittel für humanitäre Hilfe für Gaza  
46 erhöht hat. Diese Hilfe gilt es, langfristig fortzuführen und zu intensivieren. Damit sie  
47 bei den notleidenden Menschen ankommt, braucht es dauerhaften und sicheren humanitären  
48 Zugang.

49 Das Leben in Gaza war bereits vor dem aktuellen Krieg von Armut und Perspektivlosigkeit  
50 geprägt. Verantwortlich dafür war in erster Linie die menschenverachtende Herrschaft der  
51 Hamas. Auch die Politik der Abriegelung hat die wirtschaftliche Entwicklung massiv  
52 erschwert. Mittel- und langfristig braucht es neben einer politischen auch ökonomische  
53 Perspektiven für den Gazastreifen, um dauerhaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu  
54 schaffen. Nach dem Ende des Konflikts setzen wir uns für ein Ende der Politik der  
55 Abriegelung des Gazastreifens unter Wahrung der israelischen Sicherheitsinteressen ein. Wir  
56 fordern eine koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an der sich auch die EU  
57 beteiligen soll. Wir fordern eine aktive Rolle der Vereinten Nationen in den Bemühungen um  
58 die Schaffung und Sicherung von Frieden in der Region.

59 Die Reaktion Deutschlands, der Europäischen Union und unserer Verbündeten auf diesen Krieg  
60 wird weltweit genau beobachtet. Unser Einsatz für den Schutz aller Zivilist\*innen und das  
61 humanitäre Völkerrecht wird gebraucht. Kein Konflikt beschäftigt und spaltet die  
62 Weltgemeinschaft derzeit so wie der in Nahost. Darum schauen unsere engsten Verbündeten  
63 genauso wie unsere Partner in Lateinamerika, Afrika und Asien genau darauf, wie wir uns  
64 verhalten. Umso wichtiger ist unser humanitäres Engagement und unser Einsatz für die Geltung  
65 des humanitären Völkerrechts. Das konsequente und glaubwürdige Eintreten für das  
66 internationale Recht und eine regelbasierte Weltordnung ist Voraussetzung für die  
67 erfolgreiche Zusammenarbeit vor allem mit den Menschen und Staaten im Globalen Süden und der  
68 arabischen Welt.

69 Wir müssen aber auch schon jetzt über den Tag danach nachdenken, um die Sicherheit Israels  
70 und das friedliche Zusammenleben im Nahen Osten auch für die Zukunft zu garantieren:  
71 Dauerhaften Frieden kann es nur auf politischem Wege geben. Wir setzen uns mit Nachdruck für  
72 eine verhandelte Zwei-Staaten-Regelung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 ein, bei der  
73 der Staat Israel und ein souveräner, demokratischer und lebensfähiger palästinensischer  
74 Staat Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben. Dazu gehört eine kritische  
75 Auseinandersetzung mit den Ursachen aus verschiedenen Perspektiven. Es ist unser Ziel, dass  
76 Israelis und Palästinenser\*innen als Bürger\*innen dieser beiden Staaten mit vollen  
77 bürgerlichen, sozialen und wirtschaftlichen Rechten in Frieden und Sicherheit leben können.

78 Wir begrüßen die Anstrengungen der Bundesregierung, sich gerade in der aktuellen Lage für  
79 einen erneuten Friedensprozess einzusetzen. Auch die EU soll auf beide Seiten aktiv  
80 einwirken. Dabei setzen wir uns für feministische und nachhaltige Ansätze der Konfliktlösung  
81 ein, deren Umsetzung sich an den Grundsätzen der Resolution 1325 orientiert.

82 Wir werden unseren Beitrag leisten, dass die Friedensperspektive wieder gestärkt werden  
83 kann. Darum braucht es neben unserer unverbrüchlichen Solidarität mit Israel auch eine  
84 konsequente Unterstützung pro-demokratischer palästinensischer Stimmen. Dies ist auch eine

85 Grundlage für die Schaffung palästinensischer rechtsstaatlicher politischer Institutionen.  
86 Zu der Friedensperspektive gehört auch, dass die Palästinensische Autonomiebehörde den  
87 Terror gegen Israel klar verurteilt und dagegen vorgeht. Der fortdauernde israelische  
88 Siedlungsbau, Pläne für völkerrechtswidrige Annexion und die Siedlergewalt gegen  
89 Palästinenser\*innen im Westjordanland lehnen wir als Hürden für den Frieden ab. Das  
90 humanitäre Völkerrecht muss überall eingehalten werden. Wir wollen weiterhin mit denjenigen  
91 Kräften in Israel und Palästina solidarisch zusammenarbeiten, die sich auf beiden Seiten für  
92 Demokratie und Freiheit, Menschen- und Bürger\*innenrechte und Frieden einsetzen.

93 Mit der Hamas und anderen Terrororganisationen stehen Gewaltakteure, die nie den Frieden mit  
94 Israel gewollt haben, einer politischen Lösung diametral entgegen. Die Vernichtung Israels  
95 und seiner Bürger\*innen ist ein integraler Bestandteil der Ideologie und der politischen  
96 Ziele von Hamas, Hisbollah und dem iranischen Regime. Deshalb fordern wir die internationale  
97 Strafverfolgung ranghoher Mitglieder von Hamas, Hisbollah und der iranischen  
98 Revolutionsgarden.

99 Als größte Geldgeberin soll die EU bei ihrer Entwicklungshilfe für die palästinensischen  
100 Gebiete auch den Aufbau demokratischer Institutionen und demokratischer Bildung fördern, um  
101 Hass entgegenzutreten und die Verständigung zwischen Israelis, Palästinenser\*innen und den  
102 Menschen aus den umliegenden Nachbarstaaten voranzubringen.

103 Was die Hamas begonnen hat, wird von der Hisbollah, den Houthis und anderen regionalen  
104 Extremisten verstärkt. Finanzielle, militärische und ideologische Unterstützung bekommen  
105 diese vom iranischen Regime, das die Region destabilisiert und viel Leid über die  
106 Bevölkerung im Nahen Osten bringt, einschließlich der Menschen im Iran selbst. Auch deswegen  
107 bekräftigen wir unsere Position, die iranischen Revolutionsgarden, die Hauptstruktur der  
108 regionalen Aggression des Regimes wie der Unterdrückung der eigenen Bevölkerung, auf die  
109 Terrorliste der Europäischen Union zu setzen.

110 Der Krieg hat Auswirkungen weit über Nahost hinaus. Aktuell gibt es eine erhöhte  
111 Gefahrenlage für Jüdinnen und Juden und Israelis auf der ganzen Welt. Auch in Deutschland  
112 erleben antisemitische Hetze und Gewalt einen besorgniserregenden Aufschwung, der sich auf  
113 einigen Demonstrationen sowie in Angriffen auf und Drohungen gegen Jüdinnen und Juden oder  
114 Israelis, ihre Wohnungen, Läden und Einrichtungen zeigt.

115 Dieser Antisemitismus zieht sich durch alle Teile unserer Gesellschaft und ist nicht  
116 vorrangig ein Problem der Einwanderungsgesellschaft. Auch Kunst und Kultur sind nicht immun  
117 gegen Antisemitismus. Diskriminierung und Boykott von Israelis, Jüdinnen und Juden treten  
118 wir daher entschieden entgegen, denn die Perspektiven jüdischer und israelischer  
119 Künstler\*innen sind wichtiger Bestandteil unserer vielstimmigen Kultur.

120 Fast 80 Jahre nach dem Holocaust gibt es heute vielfältiges jüdisches Leben in Deutschland,  
121 das geschützt werden muss. Jüdinnen und Juden und Israelis müssen frei und sicher in  
122 Deutschland leben können – ohne die Angst, ihre Religion und Identität sichtbar zu machen.  
123 Auch das ist Teil deutscher Staatsräson. Ein Angriff auf Jüdinnen und Juden ist immer auch  
124 ein Angriff auf unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung, auf die Menschlichkeit. Dazu  
125 gehören auch Kundgebungen, auf denen der Terrorismus der Hamas verherrlicht und gefeiert  
126 wird. Sie haben auf unseren Straßen nichts verloren. Volksverhetzung und Aufrufe zur Gewalt  
127 müssen konsequent unterbunden und zur Rechenschaft gezogen werden.

128 Um dieses Schutzversprechen einzulösen und gegen extremistische oder terroristische  
129 Gruppierungen vorzugehen, braucht es gut ausgestattete Sicherheitsbehörden. Deshalb ist es  
130 auch richtig, dass Organisationen, die den Terror der Hamas unterstützen oder verherrlichen,  
131 nun konsequent verboten werden. Hetze und Gewalt müssen die volle Härte unseres Rechtsstaats  
132 als Antwort haben. Wer aber meint, das Problem des Antisemitismus ließe sich einfach durch

133 mehr Abschiebungen lösen, verkennt, dass sich Antisemitismus durch alle Räume der  
134 Gesellschaft zieht. Alle antisemitischen Straftaten und Volksverhetzung müssen  
135 selbstverständlich gemäß dem geltenden Recht verfolgt werden und harte Konsequenzen für die  
136 Täter\*innen haben, bis hin zu Freiheitsentzug oder dem Entzug der Aufenthaltserlaubnis.  
137 Diese Möglichkeit besteht längst.

138 Strafrecht alleine reicht aber bei weitem nicht aus. Denn der Kampf gegen den Antisemitismus  
139 ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe: Er muss bis in die Mitte der Gesellschaft reichen  
140 und dringend auf allen Ebenen verstärkt werden. Er muss sich gegen Antisemitismus jeglicher  
141 Art richten – sei es Antisemitismus von rechts, von links oder islamistisch motivierter. Zu  
142 diesem Kampf gehören auch eine konsequente Weiterentwicklung der Vermittlung der Lehren der  
143 Shoa sowie die Weiterentwicklung der Erinnerungskultur. Dies muss auch zentraler Bestandteil  
144 von Integrationsmaßnahmen sein. Jede\*r, der oder die hier lebt, muss die Shoa kennen und die  
145 Verantwortung begreifen, die sich daraus für unser Land ergibt. Zivilgesellschaftliche  
146 Organisationen, die Präventions- und Bildungsarbeit gegen Antisemitismus leisten oder  
147 Betroffene von antisemitischer Gewalt unterstützen und beraten, müssen gestärkt werden. Wir  
148 brauchen islamische Verbände und Vereine, welche unsere freiheitlich-demokratische  
149 Grundordnung achten und strukturell, personell und finanziell in Deutschland verwurzelt  
150 sind. Für diese Verbände müssen Finanzierungsstrukturen gefunden werden.

151 Klar ist: In unserem Land darf es keinen Platz geben für pauschale Vorurteile und  
152 Diskriminierung, selbstverständlich auch gegenüber Muslim\*innen nicht. In Deutschland leben  
153 zahlreiche Menschen mit familiären, freundschaftlichen und emotionalen Verbindungen in die  
154 palästinensischen Gebiete und die gesamte Region. Ihre Sorge um die Menschen in Gaza und der  
155 ganzen Region, ihre Trauer um die zivilen Opfer gehören zu unserem Land und teilen wir.

156 Das Grundrecht auf Versammlungs- und Meinungsfreiheit ist selbstverständlich auch in der  
157 aktuellen, angespannten Lage verbrieft - unter den Bedingungen, dass Demonstrationen  
158 angemeldet werden, friedlich verlaufen und die Bestimmungen des Strafrechts eingehalten  
159 werden. Dass bei Demonstrationen auch Meinungen und Standpunkte vertreten werden, die für  
160 viele an die Grenzen des Erträglichen gehen, muss eine Demokratie aushalten. Das gilt auch  
161 für die hier lebenden Palästinenser\*innen sowie das Recht auf friedliche Demonstration und  
162 Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen und im Westjordanland im Rahmen der  
163 geltenden Gesetze, nicht aber für öffentliche Aufrufe zu Terror und Terrororganisationen  
164 oder für Antisemitismus.

165 Als Gesellschaft dürfen wir uns gerade in solchen Situationen nicht auseinandertreiben  
166 lassen. Wir müssen gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern und ein sicheres Leben für alle  
167 ermöglichen. Demokrat\*innen stehen in diesen Zeiten an der Seite Israels, sie kämpfen gegen  
168 Hass und Terror, sie setzen sich für eine friedliche und gerechte Konfliktregelung ein.